



41. Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2025

## Weisung 96/2025 der Sekundarschulpflege: Leistungsaufträge 2026-2029 und Globalbudget 2026

Bericht über das Geschäftsfeld (GF)

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) gibt **Walter Meier (EVP)** zu Protokoll:

Allgemeines: Die Sek Uster plant für das Jahr 2026 und die weiteren Jahre, den Steuerfuss auf 18 % zu belassen. Damit würde im Jahr 2025 ein Aufwandüberschuss von 1.763 Mio. entstehen, dies bei einem Aufwand von 35,3 Mio. Franken. Das Budget 2025 sah ein um 0.25 höheres Defizit vor. Gemäss Hochrechnung geht die SSU davon aus, dass die Jahresrechnung rund 0.3 Mio. besser ausfallen wird als budgetiert.

Der Cash Flow im Jahr 2026 (Selbstfinanzierung) liegt bei 0.8 Mio., was ungenügend ist (Zielgrösse: 2 Mio. gemäss RPK). Die Sekundarschulpflege nimmt das schlechte Ergebnis bewusst in Kauf. Aufgrund der geplanten Investitionen von 3,3 Mio. wird das Nettovermögen zwar weiter abgebaut, es wird aber nicht zu einer Nettoschuld. Ab 2028 soll das Nettovermögen wieder aufgebaut werden.

Veränderungen gegenüber dem Budget 2025: Gegenüber dem Budget 2025 wächst der Aufwand um 1.2 Mio., die Erträge um 1.4 Mio. Die grössten Veränderungen im Detail:

- Steuern und Ressourcenzuschuss wachsen um rund 1.0 Mio.
- Die Abschreibungen steigen um 0.2 Mio. auf 2,597 Mio.
- Das Budget der LG Behörde und Verwaltung sinkt um CHF 26'000.
- Das Budget LG SSU Allgemein steigt um CHF 208'000. Hier sind die Schulgelder an KuSs, BWS, Musikschule, Gymnasium usw. budgetiert. Die Kosten für das Berufsvorbereitungsjahr Integration sind neu in der LG SSU Allgemein (vorher: Sonderpädagogische Angebote) angesiedelt.
- Das Budget der LG Unterricht steigt um 0.9 Mio. Etwas mehr als 70 % der Differenz ist bei den Löhnen (diese sind kantonal geregelt) auszumachen. Nebst der Erhöhung um knapp 4 VZE geht es auch um den Teuerungsausgleich, individuelle Lohnerhöhungen und Dienstaltersgeschenke.
- Die LG Sonderpädagogische Angebote sinkt ein zweites Mal und zwar um rund CHF 400'000. Nebst den Schulgeldern für das Berufsvorbereitungsjahr Integration, welche neu in der LG SSU Allgemein budgetiert werden, geht die Sek Uster davon aus, dass die Anzahl der SuS mit separativer Sonderschulung sinkt.
- Das Budget der LG Liegenschaften und ICT ist praktisch unverändert.
- Beim Budget der BWS schlagen die höheren (intern verrechneten) Mieten zu Buche. Aufgrund des Teilneubaus steigen die Abschreibungen, welche in die Mietkosten von neu CHF 538'000 pro Jahr (bisher CHF 230'000) eingerechnet werden.
- Das Budget der LG KuSs wird für einmal negativ ausgewiesen. Mit der Inbetriebnahme der Filiale in Dürrbach im Sommer 2026 gibt es zwar mehr Einnahmen für 4.5 Monate; die Abschreibungen der Investitionen werden jedoch für ein ganzes Jahr berechnet. Im 2027 ist wieder mit einem ausgeglichenen Budget zu rechnen.

Weitere Punkte:

- Die SSU hat per 1. August 2025 eine 70%-Stelle mit einer Schulsozialpädagogin besetzt. Die neu geschaffene Stelle ist die Antwort der Sek Uster auf die Auflösung der Spur+. Die Schulsozialpädagogin ist der Fachstelle Sonderpädagogik zugeordnet und bekommt ihre Aufträge ausschliesslich von dieser Fachstelle.
- Die Leiterin der Schulverwaltung hat gekündigt; der Nachfolger tritt die Stelle am 1. Januar 2026 an.
- Bei der Hauswartung braucht es doch nicht so viel Stellen-% mehr wie noch fürs 2025 budgetiert. Das ist erfreulich.

Die Investitionsplanung sieht für das Jahr 2026 3.274 Mio. vor. Grösse Posten sind

- Schulanlage Weidli: Für die Sanierung des Singsaals sind CHF 900'000 eingestellt. Eine separate Weisung für den Baukredit sollte den Gemeinderat noch im Jahr 2025 erreichen. Doch Denkmalpflege und weitere Ämter legen das Projekt im Moment lahm.
- Der Mieterausbau in Dürrbach ist mit CHF 868'000 eingestellt; diesen Kredit haben wir bereits bewilligt.
- Weitere grössere Posten sind geplant für
- Sanierung Turnhallenboden in der Schulanlage Weidli.
- Flachdachsanieierung inkl. PV-Anlage Turnhalle Weidli.
- Heizungsersatz Schulanlage Krämeracker.
- Flachdachsanieierung inkl. PV-Anlage Altbau BWS.
- ICT, teilweise neue Geräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen.

Gemäss Novemberbrief wird die Teuerungszulage bei Personal für 2026 nur 0.2 % (gemäss Beschluss Regierungsrat) betragen. Im Budget sind noch 0.3 % eingerechnet. Die Ersparnis beträgt rund CHF 20'000. Das Budget wird nicht angepasst. Die KBG empfiehlt, das Budget 2026 der SSU mit 9:0 Stimmen zu genehmigen.

## Weisung 87/2025 des Stadtrates: Leistungsaufträge 2026-2029 und Globalbudgets 2026

Berichte über die Geschäftsfelder (GF)

---

### Geschäftsbericht Gemeinderat (Parlament)

Für die Geschäftsleitung (GL) gibt **Präsident Ali Özcan (SP)** zu Protokoll:

Die Geschäftsleitung hat am 18. Juni 2025 das Budget 2026 für das Parlament verabschiedet und dabei an die bisherigen Erfahrungswerte und Vorgaben angeknüpft. Eine geringe Erhöhung um CHF 3'000 ist im Konto «309000 Aus- und Weiterbildung» vorgesehen, u. a. betreffend Kurse für neu gewählte Ratsmitglieder. Exogene Faktoren erschweren eine exakte Prognose.

### Geschäftsbericht Stadtrat

#### GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) gibt **Debora Zahn (Grüne)** zu Protokoll:

Ein zentrales Ziel des Geschäftsfeldes Steuerung und Führung im Jahr 2026 ist der Ausbau der digitalen Angebote der Stadtverwaltung. Mit dem Start des e-Service-Portals «Amtomat» Ende Januar 2026 werden zentrale Dienstleistungen schrittweise digital zugänglich gemacht. Interne Abläufe und technische Schnittstellen werden weiterentwickelt, um Prozesse zu vereinfachen und die Servicequalität zu erhöhen.

Im Bereich Human Resources Management (HRM) steht die Verbesserung der digitalen Personalprozesse im Vordergrund. Ziel ist es, administrative Abläufe zu vereinfachen sowie die Stadt Uster als attraktive Arbeitgeberin weiter zu stärken.

Im Bereich Wahlen und Abstimmungen liegt 2026 ein besonderer Fokus auf der Vorbereitung und Durchführung der Gesamterneuerungswahlen.

Das Globalbudget 2026 für das Geschäftsfeld Steuerung und Führung beträgt 5.091 Mio. CHF. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von rund 0.221 Mio. CHF. Grund für diese Zunahme sind insbesondere die Mehrausgaben für die Gesamterneuerungswahlen. Die Anzahl der Stellen bleibt mit 23.05 Vollzeitstellen unverändert.

In der Subkommission wurde unter anderem der Stand der Digitalisierungsprojekte besprochen. Beispielsweise die geplante Einführung und der Betrieb des e-Service-Portals «Amtomat». Zusätzlich wurde der mögliche Einsatz von KI-basierten Anwendungen in der Verwaltung diskutiert, insbesondere im Hinblick auf Prozessvereinfachungen und mögliche Effizienzgewinne. Ebenfalls wurde nachgefragt, inwiefern Datenschutz und der verantwortungsvolle Einsatz dieser Technologien sichergestellt werden können.

In der KÖS wurde zusammen mit dem Geschäftsfeld Steuerung und Führung auch die Leistungsmotion 607/2025 besprochen. Die Berichte der Mehrheit und der Minderheit der Kommission werden in der Diskussion zur Leistungsmotion erfolgen.

#### GF Präsidiales

Für die KÖS gibt **Simon Vlk (FDP)** zu Protokoll:

Der Willkommensanlass wird neu konzipiert um die Begrüssung von neuen Einwohnenden erlebnisorientiert zu gestalten. Das Layout der Abstimmungsweisung wird überprüft und soll vereinfacht werden. Die Kommunikationsstrategie der LG Öffentlichkeitsarbeit verlagert sich immer weiter in das Digitale.

Die Evaluation der Weiterführung des Herzkerns erfolgt durch die LG Standortförderung in Zusammenarbeit mit dem Verein Herzkern. Der Subkommission wurden die Funktionsweise sowie die Zeitgewinne durch den Einsatz des Beekeepers erörtert, als auch die bessere Erreichbarkeit von Mitarbeitenden ohne eigene E-Mail-Adresse hervorgehoben, weshalb die Lizenz bis 2028 verlängert wurde. Es sei so, dass Vernetzungsevents häufiger durch Verbände organisiert werden als früher. Die Anzahl Firmenwegzüge ist stark gestiegen gegenüber dem Vorjahr, dennoch ist die Anzahl Arbeitsplätze gesamthaft steigend. Es fehle an Gebieten für Arbeitsplätzen, weshalb eine höhere Verdichtung angestrebt werden soll. Es stellt sich die Frage, ob der Indikator I06 noch zielführend ist oder gestrichen werden sollte.

#### GF Gesellschaft

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) gibt **Andreas Pauling (Grünliberale)** zu Protokoll:

Das Geschäftsfeld Gesellschaft beantragt mit 4.82 Mio. CHF 0.4% weniger als im Vorjahr. Im Vergleich zur Rechnung 2024 beträgt die Zunahme aber 6.4%. Längerfristig sind die Budgets der LG Kultur und der LG Stadtbibliothek konstant, während die Budgets der LG Stadtarchiv leicht und dasjenige der LG Kindheit, Jugend und Inklusion mässig angestiegen ist. Der Grund liegt in der Zunahme der Jugendlichen im Jugendtreff (u.a. mehr unbegleitete minderjährige Asylsuchende) und in den komplexeren Problemlagen. Mit den etwas höheren Mitteln können Probleme frühzeitig erkannt werden.

Der Umzug der Stadtbibliothek auf das Zeughausareal wurde aus der Investitionsplanung aus Kostengründen vorerst gestrichen. Es muss für die Zeit ab Mitte 2028 eine andere Lösung gefunden werden. Die Besucherzahlen in der Stadtbibliothek sind weiterhin sehr hoch, die Platz- und Lärmprobleme müssen im Jahr 2026 entschärft werden.

---

Der Umzug des Stadtarchivs in die Käserei Roth wurde durch etwas aufwändigere Umbauten als geplant leicht verzögert. Mehraufwendungen fielen vor allem bei den Elektroinstallationen und beim Brandschutz an. Der Einzug ist neu auf den Frühling 2026 geplant. Die Miete für die Räume in der Käserei Roth beträgt 92'000 Franken pro Jahr.

Für 2026 sind keine Investitionen im GF Gesellschaft geplant. Dies hängt damit zusammen, dass der Baustart für das Kultur- und Begegnungszentrum Zeughaus erst im Oktober 2026 geplant ist und daher noch keine Rechnungen anfallen. Alle Re-kurse gegen das Projekt sind erledigt und die Baubewilligung ist rechtskräftig. Der Beitrag des Kantons von 10 Mio. CHF ist auf guten Wegen.

Das Geschäftsfeld Gesellschaft wurde am 1. Dezember 2025 von der KBG mit 7:2 Stimmen gutgeheissen. Die KBG beantragt dem Gemeinderat, das Geschäftsfeld Gesellschaft ebenfalls zu genehmigen.

## **GF Finanzen**

Für die KÖS gibt **Matthias Bickel (FDP)** zu Protokoll:

Für das Jahr 2026 beantragt der Stadtrat im Geschäftsfeld Finanzen einen Globalkredit von CHF 1.174 Mio. inklusive Abschreibungen von CHF 151'000. Gegenüber dem Budget 2025 steigt der Globalkredit um CHF 161'000 bzw. um knapp 16% - eine markante Zunahme, obwohl das Geschäftsfeld mit CHF 32 pro Einwohner zu den kleineren Geschäftsfeldern gehört. Hauptverantwortlich für die Zunahme sind die geplanten höheren Abschreibungen von CHF 92'000, wobei sich die Höhe der Abschreibungen im langjährigen Rahmen hält. Der Stellenetat bleibt bei unveränderten 27.4 Vollzeitstellen hingegen stabil. Das Geschäftsfeld startet 2026 vier Projekte:

- LG Finanz- und Rechnungswesen: Die Investitionsplanung soll in Abacus integriert werden. Dies ermöglicht einen transparenten und nachvollziehbaren Prozess - vom Budget bis zum Projektabschluss. Zusätzlich werden die Reporting- und Informationstools weiterentwickelt. Des Weiteren prüft und plant die LG die Einführung der digitalen Direktauslagen und Kreditkartenzahlungen.
- LG Informatik prüft den Wechsel von der klassischen zur integrierten Telefonie, da künftig alle Mitarbeitende ein eigenes Arbeitsgerät haben werden. Zudem werden neue Schutzmassnahmen mit Unterstützung von KI geprüft.

Der Kanton plant die Einführung einer gemeinsamen IT für das kantonale Steueramt und sämtliche Gemeindesteuerämter. Die LG Steueramt Uster wird mit einer Auswahl anderer Gemeinden bei diesem Projekt mitarbeiten.

Bei den Erneuerungsinvestitionen der LG Informatik fällt die Abnahme der Beträge auf: Wo in der Planung 2025 noch total CHF 450'000 (2025-2028) eingestellt waren, rechnet die Planung 2026 nur noch mit CHF 200'000 (2026-29). Dies gründet auf der Verlagerung von Investitionen in Service-Angebote, die der Erfolgsrechnung belastet werden.

Dies schlägt sich dann auch in der globalen Investitionsplanung nieder. Pro memoria: Bei den CHF 16.6 Mio. (IST2024) handelt es sich um die Erhöhung des Aktienkapitals an der Spital Uster AG. Die Erhöhung der Beteiligung musste in der Investitionsrechnung dem GF Finanzen zugewiesen werden.

Die Abteilung konnte am gemeinsamen Treffen mit der Subkommission auch die 40 neuen Arbeitsplätze nachvollziehbar erklären, welche die LG Informatik neu ausweist: Zur Haupttasche werden die bestehenden Fat Clients schrittweise durch mobile Geräte ersetzt, da die gemeinsamen Arbeitsstationen aus Sicherheitsgründen nicht mehr von mehreren Nutzenden geteilt werden dürfen.

## **GF Liegenschaften**

Für die KÖS gibt **Andres Ott (SVP)** zu Protokoll:

Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Liegenschaften für das Jahr 2026 beträgt CHF 7,601 Mio. Dabei ist zu erwähnen, dass die Schulliegenschaften zu Bildung verschoben wurden. Es ist schwierig bei der Verschiebung festzustellen, inwiefern sich der Gesamtbetrag dadurch erhöht hat, weil aus verschiedenen Leistungsgruppen Einzelposten mitverschoben wurden. Einen grossen Sprung machen die Kosten in der Grundstücksbewirtschaftung von CHF 715'000 mehr als 2025. Das Budget der LG Baumanagement steigt um CHF 88'000 an. Bei der LG Immobilienbewirtschaftung sinkt der Aufwand um CHF 449'000, weil hier Aufgaben in die Bildung verschoben wurden.

Stellenveränderung gibt es nur in der Immobilienbewirtschaftung, und zwar 0.3 mehr als letztes Budget. Die Investitionsplanung ist CHF 510'000 tiefer als letztes Jahr

Besprochene Themen:

Ob auf die Energie Uster AG Einfluss genommen werden kann, einen Anteil Biogas im Netz anzubieten.

Der Grund für das Verschieben der Schulliegenschaften zur Bildung wurde hinterfragt, dies entspreche aber der SIA-Phase 6, dass die Bewirtschaftung bei den Abteilungen direkt von den Nutzenden zu organisieren ist.

Es wurde befürchtet, dass mit dem Verschieben der Schulliegenschaften die Kosten wegen mangelnder Baukompetenz sinken könnte. Aber alle Projekte über CHF 50'000 bleiben beim Baumanagement.

Beim Stadthaus kann die Sanierung im Westflügel jetzt starten, weil die Geflüchteten ausquartiert wurden. Danach ziehen die Nutzenden vom Ost- in den Westflügel damit der saniert werden kann.

PV-Anlagen werden laufend geplant und umgesetzt, später können die effektiven Erträge und Kosten pro Anlage ausgewiesen werden; momentan wird noch auf die Annahmen vom Solarrechner abgestellt, ob die Anlagen rentieren.

Es wird immer auf die Wirtschaftlichkeit geachtet. Annahme ist, bei 30% Eigenverbrauch sei die Anlage über die Lebensdauer wirtschaftlich.

Für das Baumanagement werden die Anzahl neue Projekte Planung und Ausführung aufgeführt, da jedoch einige Projekte mehrjährig sind wäre eine Kennzahl mit dem bewältigten Umsatz wohl aussagekräftiger

Investitionen Apothekerstrasse wurden schon so budgetiert, es wird nun aber nur das effektiv Nötigste ausgeführt.

Bei den Liegenschaften im Finanzvermögen ist der Anteil Unterhalt zu hoch, das heisst die Vorgabe unter 30% zu bleiben wird seit Jahren nicht erfüllt. Es müsste geprüft werden, ob wegen der Unterdeckung die Mieten angehoben werden könnten.

Investitionsplanung: Bei der Ackerstrasse 99 sind ca. 17 Parkplätze für CHF 180'000 eingeplant, dies ist ein ausgewiesenes Nutzerbedürfnis für die angrenzende Liegenschaft der Stadt z.B. Arztpraxis, Physiotherapie und diverse andere Therapien. Das GF Liegenschaften wurde einstimmig (abwesend 1) angenommen.

## **GF Infrastrukturbau und Unterhalt**

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) gibt **Balthasar Thalmann (SP)** zu Protokoll:

Die grösste Änderung für dieses Geschäftsfeld ist eine Verlagerung einer Gruppe aus der LG Strassenunterhalt zur LG Stadtgrün. Dies wirkt sich entsprechend auf den Globalkredit aus, der ansonsten ziemlich gleich bleibt.

Ein Hauptpunkt der Diskussion in der KPB war die Investitionsplanung. In diesem Zusammenhang zu vermerken ist folgendes: da der Zeitpunkt der Investitionen für Strassensanierungen schwieriger vorzusagen ist, wurde in der Investitionsplanung unter dem Titel «Strassensanierungen diverse» rund CHF 55 Mio. für die Jahre ab 2030 eingestellt. Ebenfalls in der Investitionsplanung auffallend ist, dass bei zahlreichen Vorhaben lediglich Gelder eingestellt sind, um Massnahmen zu definieren und Bedürfnisse abzuklären. Die entsprechenden Kosten für die Umsetzung, also den Bau, sind meist noch nicht budgetiert, sondern in der erwähnten Summe enthalten.

Fragen aufgeworfen hat der Umgang mit dem Ifangweg: Im Budget 2025 waren CHF 100 eingestellt. Nun hat der Stadtrat einen Kredit von kCHF 600 gesprochen. Dies irritiert einzelnen KPB-Mitglieder, da es in der Budgetdebatte im Herbst 2024 geheissen hat, dass im 2025 noch nicht gebaut werde.

Positiv zu erwähnen ist, dass in den letzten Jahren der Fremdwasseranteil in der Kanalisation kontinuierlich gesunken ist, was auf die Zustandserhebung und die getroffenen Massnahmen auch bei den Grundeigentümern zurückzuführen ist.

Es wurden zahlreiche Anträge zur Investitionsplanung gestellt. Generell stand der Eindruck dahinter, dass Sanierungen angestrebt werden an Orten, wo es noch nicht dringend nötig ist, während dann das Geld und die personellen Ressourcen an anderen Orten fehle.

- Investition Nr. 116 Freiestrasse Streichung 50k CHF. Begründung: Die Strasse ist noch in einem ausreichenden Zustand, die Sanierung nicht dringlich. Eine Umgestaltung ist nicht notwendig. Die Freiestrasse ist gemäss Kantonspolizei kein Unfallschwerpunkt. Antrag mit 5:3 Stimmen angenommen.
- Investition Nr. 119 Gschwaderplatz, neu kCHF 50 im Jahr 2026. Begründung: Die Winterthurerstrasse wird (spätestens) im Zusammenhang mit der Unterführung Winterthurerstrasse saniert und umgestaltet. So auch im Bereich des Gschwaderplatzes. Damit diese Gestaltung auf die gewünschte bauliche Entwicklung der Stadt an diesem Ort abgestimmt ist, müssen entsprechende Grundlagen (städtebauliche Studien u.ä.) erarbeitet werden.  
Zur Erinnerung: das bauliche Potenzial im Bereich des Gschwaderplatzes ist so gross wie auf dem Zeughausareal - es ist für die Stadt von zentralster Bedeutung. Antrag mit 2:6 Stimmen abgelehnt. Es wurde ein Minderheitsantrag gestellt.
- Investition Nr. 136 (Chammerholz) Streichung 50k CHF. Begründung: Ein Trottoir für 250k CHF auf diesem kurzen Tempo 30-Abschnitt erscheint unverhältnismässig. Es sollen alternative und kostengünstigere Varianten geprüft werden (z. Bsp. Begegnungszone). Antrag mit 4:4 Stimmen angenommen.
- Investition Nrn. 140 und 148 (Wermatswilerstrasse und Kreuzstrasse):Streichung 100k bzw. 500k CHF. Begründung: Die beiden Projekte hängen zusammen. Die Lösung mit je einer Einbahn über den Niveauübergang ist wenig durchdacht. Die Lösung ist nachteilig für den Verkehr auf der Freiestrasse. Es fehlt ein Gesamtkonzept, in welchem die Auswirkungen des Einbahnregimes ausreichend untersucht wird. Bevor punktuell solche irreversiblen Anpassungen erstellt werden, sollte ein Gesamtverkehrskonzept erstellt werden! Antrag zu Nr. 140 mit 4:4 Stimmen angenommen. Antrag zu Nr. 148 mit 5:3 Stimmen angenommen.
- Investition Nr. 141 (Werrikerstrasse)Streichung 400k CHF. Begründung: Ein so kurzes Trottoir für 400k CHF für die paar wenigen EFH erscheint unverhältnismässig. Es sollen alternative und kostengünstigere Varianten mit Beteiligung der Anwohner geprüft werden. Antrag mit 6:2 Stimmen angenommen.
- Investition Nr. 184 (Poststrasse) Streichung 100k CHF. Begründung: Die Strasse ist gemäss Erhebung 2024 noch in einem guten Zustand, eine Sanierung und Umgestaltung ist nicht notwendig. Antrag mit 4:4 Stimmen angenommen. Die KPB stimmte dem geänderten Antrag einstimmig zu.

## **GF Stadtraum und Natur**

Für die KPB gibt **Martin Keller (SVP)** zu Protokoll:

Etlche grosse Projekte wie der neue Busbahnhof, die Zentrumsentwicklung sowie die weitere Planung diverser Verkehrsprojekte werden das GF Stadtraum und Natur auch im Jahr 2026 stark beschäftigen.

Im neuen Budget wird ein Globalkredit von CHF 8.703 Mio. inklusive Abschreibungen von CHF 1.486 Mio. beantragt. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt somit rund CHF 1.6 Mio. (ca. plus 22%). Grösste Kostentreiber sind der um CHF 566'000 erhöhte, von der Stadt Uster nicht beeinflussbare Beitrag an den ZVV und der Wechsel von drei Mitarbeitenden von der LG Si zur LG Stadtgrün.

Die massiv höheren Abschreibungen ergeben sich aus zahlreichen, erst ab 2026 abschreibbaren Projekten (Stadtzentrum, Naturschutzverordnung und Liegenschaft «Unter Farb»).

Für Investitionen sind im GF für 2026 total CHF 4.325 Mio. vorgesehen. Die starke Steigerung ist mit zeitlichen Verschiebungen und den entsprechenden Verzögerungen bei den Bachrevitalisierungen in Nänikon und Werrikon sowie Vorprojekten und Planungen betreffend attraktives Stadtzentrum, Busbahnhof und zusätzlicher Veloinfrastruktur zu erklären. Diese grossen Brocken in der städtischen Planung werden wohl noch länger Anlass zu Diskussionen geben.

In der KPB wurden folgende Anträge gestellt.

- Investition Nr. 294 Bahnquerung Winterthurerstrasse Streichung CHF 100'000: Antrag mit 8:0 Stimmen angenommen.
  - Investition Nr. 295 Bahnüberquerung Wermatswilerstrasse Streichung CHF150'000: Antrag mit 4:4 Stimmen und Stichtentscheid Präsident angenommen.
  - Investition Nr. 306 Fussgängerfreundliches Zentrum Streichung CHF 800'000: Antrag mit 4:4 Stimmen und Stichtentscheid Präsident angenommen.
-

- Investition Nr. 307 Monamo Projektumsetzung Streichung CHF 50'000: Antrag mit 4:4 Stimmen und Stichentscheid Präsident abgelehnt.

Ein Antrag zur Investition Nr. 282 Bahnhofzentrum mit Kürzung um CHF 500'000 wurde zurückgezogen nach Hinweis von Stadtrat Stefan Feldmann, dem Gemeinderat liege bereits die entsprechende Weisung 82/2025 vor und das ordentliche Verfahren sei einzuhalten.

Das GF gab zu keinen weiteren Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) Annahme.

### **GF Hochbau und Vermessung**

Für die KPB gibt **Ulrich Schmid (SVP)** zu Protokoll:

Zur besseren Abbildung des zugewiesenen Leistungsauftrags wurde die Bezeichnung der LG «Vermessung» neu in LG «Geoinformation und Vermessung» unbenannt. Die Dienstleistungen rund um die Geoinformation bilden mittlerweile – insbesondere im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung von georeferenzierten Daten neben den bislang tragenden Vermessungsdienstleistungen – einen bedeutenden Anteil der Tätigkeiten der Leistungsgruppe. Um Verwechslungen vorzubeugen, wurde dafür die Bezeichnung des Geschäftsfelds auf den übergeordneten Begriff «Hochbau» eingekürzt. Damit werden Dienstleistungen konsequent da bezeichnet, wo sie auch erbracht werden.

Uns wurde ein um CHF 60'000 tieferes Budget gegenüber dem Vorjahr zugestellt. Zu Buche fallen vor allem die Positionen LG Baubewilligungen +CHF 370'000, die LG Architektur und Denkmalpflege -CHF 220'000 und weiter die Position Abschreibungen mit -CHF 140'000 (bedingt durch tiefere Investitionen).

Die vielen von uns gestellten Fragen wurden sehr ausführlich und zu unserer vollsten Zufriedenheit beantwortet.

Der Personalausbau um 140 Prozent erfolgt vollumfänglich im Bereich der LG Bewilligungen. Die Umsetzung aus der PBG-Revision «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung», die Massnahmen aus der Grundwasser- und der damit einhergehenden Trinkwasserverschmutzung sowie das neue Wassergesetz sind die Verursacher. Der Personalausbau ist zu einem grossen Teil fremdgesteuert. Weiter will der Stadtrat eine noch bessere Erreichung resp. Einhaltung der Verfahrensfristen.

Mit der einhergehenden Digitalisierung und wenn nicht laufend wieder neue Gesetze und Vorschriften dazu kommen und dann umgesetzt werden müssen, kann und muss der Ressourcenbedarf im GF-Hochbau Ende 2027 wieder überprüft werden. Bereits macht jedoch wieder eine allfällige Neuerung aus dem Kantonsrat die Runde. Der Kantonsrat hat die Absicht, die Frist für die Erledigung von Baugesuchen von vier auf drei Monate zu verkürzen. Damit würden die Bemühungen der Stadt in diesem Bereich wieder zu grossen Teilen obsolet werden. Der Stadtrat müsste wohl die zusätzlich geschaffenen Stellen weiter belassen, wenn nicht sogar ausbauen.

Die Reduktion um -CHF 180'000 in der Investitionsplanung ist im Wesentlichen auf die Position «Denkmalpflege Inventarüberprüfung (nur alle 20 Jahre)» zurückzuführen.

Im Jahr 2026 laufen 5 Projekte. Zwei Projekte wurden im Jahr 2024 und früher gestartet (Aufhebung Flurwege im Baugebiet und Digitalisierung Baubewilligungsverfahren; Stichwort eBaugesuche.zh), zwei Projekte wurden im Jahr 2025 gestartet (Darstellung der Prozesse der Qualitätssicherung in Architektur und Denkmalpflege und Öffentlichkeitsarbeit – Baukultur sichtbar machen) und ein Projekt (Automatisierung des Ressourcenmanagements im Baubewilligungsverfahren) wird im Jahr 2026 gestartet.

### **GF Bildung**

Für die Kommission KBG gibt **Walter Meier (EVP)** zu Protokoll:

Das GF Bildung plant für 2026 mit einem Budget von CHF 2.648 Mio. inkl. Abschreibungen. Ohne Abschreibungen wären es CHF 2.475 Mio., also CHF 121'000 weniger als für 2025. Die grössten Veränderungen im Detail:

- 1.25 VZE resp. CHF 175'000 werden von der LG Dienste zum neuen Geschäftsfeld Schulliegenschaften verschoben. Damit ist erklärbar, weshalb das Globalbudget sinkt.
- Die Steigerung der Globalbudgets der vier Leistungsgruppen beträgt (ohne oben erwähnte Verschiebung zu den Schulliegenschaften) CHF 137'000. Davon sind CHF 34'000 höhere interne Verrechnungen, welche vom GF Bildung nicht beeinflusst werden können.
- Die verbleibende Differenz wird mit höheren Erträgen der Zahnklinik praktisch wettgemacht. Hier ist ein kleiner Überschuss von rund CHF 100'000 geplant, welcher die voraussichtlichen Abschreibungen (diese sind in den CHF 173'000 Abschreibungen enthalten) decken kann. Damit ist der Betrieb der Zahnklinik leicht rentabel.

Weitere Punkte:

- Die Stellenprozente der eigentlichen Schulverwaltung ändern sich nicht, auch wenn immer wieder mal Stellenprozente von einer LG zur anderen verschoben werden.
- Mit Sorge beobachtet der SPD, dass der Entwicklungsstand von Kindern bei Eintritt in den Kindergarten zunehmend heterogener wird. Immer mehr Kinder verfügen über nur begrenzte Erfahrungen mit ihrer Umwelt, haben eine schwache basale Sprachentwicklung und kaum Gruppenerfahrungen.

Investitionen sind keine geplant.

Die KBG empfiehlt mit 7:2 Stimmen, das Budget 2026 zu genehmigen.

### **GF Schulliegenschaften**

Für die Kommission KBG gibt **Walter Meier (EVP)** zu Protokoll:

Das GF Schulliegenschaften plant für 2026 mit einem Budget von CHF 9.76 Mio. inkl. Abschreibungen. Ohne Abschreibungen wären es CHF 5.739 Mio. Eine Vergleichszahl mit dem letzten Jahr gibt es nicht. Das Globalbudget (ohne Abschreibungen) der LG Schulliegenschaften betrug CHF 4.687 Mio.; zudem wurden CHF 175'000 vom GF Bildung verschoben und CHF 165'000 vom GF Primarschule.

---

Primarschule GF40	Schul- liegenschaften GF44	Bildung GF49	Total
54'148	5'399	2'650	<b>62'197</b> Ziel (Globalbudget / Vorgabe Finanzen)
	175	-175	- Personalkosten Petra und Steffi zu GF44
-165	165		- Betriebskosten Schulliegenschaften zu GF44
<b>53'983</b>	<b>5'739</b>	<b>2'475</b>	<b>62'197</b> Total Abacus Budget

Neben den Schulliegenschaften wurde auch der Unterhalt für weitere Liegenschaften zum GF Schulliegenschaften verschoben:

- Unterhalt Schulliegenschaften Fremdmiete (Budget CHF 407'400)
- Unterhalt Stadthalle (Budget CHF 56'300)

Das neue Geschäftsfeld besteht aus den Leistungsgruppen „Bewirtschaftung Schulliegenschaften“ und „Schulraum“. Diese beiden Leistungsgruppen sind unterschiedlich gross; die eine Leistungsgruppe beschäftigt vor allem Hauswarte und Reinigungspersonal und ist für den Unterhalt der Liegenschaften zuständig. Die LG Schulraum schaut, dass genügend Schulraum für die SuS zur Verfügung steht, also ist v.a. mit Planung beschäftigt. Zudem ist sie Bindeglied zu den Schulleitungen, Vertritt die Schule in den Bauprojekten und bearbeitet die umfassende Behördenarbeit.

Zu einzelnen Investitionen:

- Investition 329 (Lebensraum Schule): Hier ist für 2026 geplant, den Aussenraum der Kita Mettmenried zu erneuern. Zudem werden alle Spielplätze (auf Schulanlagen) auf Sicherheit überprüft.
- Investition 336 (SH Nänikon, Stationsstrasse): Sanierung des Pausenplatzes und der Hausanschlüsse.
- Investition 340 (Seestrasse 109): Erdbebenertüchtigung Schulhaus
- Investition 393 (Integration Musikschule): Die Musikschule soll analog einer Schuleinheit in die ICT der Primarschule integriert werden (Anpassungen Netzwerk, Multifunktionsgeräte, Integration in das M365-Tenant).
- Investition 395 (Nänikon, Raumbedarf Betreuung): Auf der Schulanlage Nänikon fehlt es an Raum, die Betreuungszahlen wachsen weiter. Der Richtplan verzögert sich, der Projektwettbewerb für einen Ausbau wurde bis zur Umsetzung des Richtplans gestoppt. Es wird noch viele Jahre dauern, bis Planungssicherheit besteht. Eine Machbarkeitsstudie soll aufzeigen, wie und wo zusätzlich provisorischer Schulraum geschaffen werden kann.
- Investition 396 (Steigstrasse 9, Optimierung Akustik): Die Räume weisen viel Hall und schlechten Schallschutz auf. Die Decken sollen Akustikplatten und besseren Schallschutz erhalten.
- Investition (keine Nummer) S. A – 13 oben (HPSU, Brandschutz, Auflage Behörde): Behördliche Auflagen schreiben Verbesserungen des Brandschutzes vor im Gebäude Winikerstrasse 5a. Die Brandabschlüsse zum Atrium sind momentan nicht konform. Die Investitionen beinhaltet Optimierung der Brandschutztüren und Brandschutztore sowie Brandwiderstände der Trennwände, Rettungszeichen und Sicherheitsbeleuchtung.

Abstimmungen:

- Es wurde der Antrag gestellt, bei der Investition Nr. 329 Lebensraum Schule, Sanierung Aussenanlagen Kindergarten CHF 50'000 zu kürzen (von CHF 120'000 auf CHF 70'000). Dieser Antrag wird mit 2:7 Stimmen abgelehnt.
- Die KBG empfiehlt mit 7:2 Stimmen, das Budget 2026 zu genehmigen.

## GF Sicherheit

Für die KÖS gibt **Marco Kranner (Grünliberale)** zu Protokoll:

Das **Nettobudget** des Geschäftsfeldes Sicherheit erhöht sich im Jahr 2026 minimal von 3'732'000 auf 3'804'000 Brutto (also inklusive Abschreibungen) macht das Budget allerdings 345'000 CHF aus, was 4'634'000 CHF ausmacht und einem Anstieg von ca. 8% entspricht. Insgesamt macht der Abschreibungsbetrag 830'000 CHF aus, zurückzuführen insbesondere auf aktivierte Objekte. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 49% resp. 273'000 CHF mehr Abschreibungen, auf welche das Geschäftsfeld keinen Einfluss hat und das eingangs erwähnte Nettobudget (=Geld, welches dem Geschäftsfeld Sicherheit effektiv zur Verfügung steht) nicht betrifft.

GF Sicherheit: Der Fokus liegt 2026 weiterhin auf dem Projekt "Ausbildungszentrum Riedikon". Dazu gehört die Optimierung des Betriebs, die Inbetriebnahme eines zweiten Brandhauses und die Planung eines Logistik- und Schulungsgebäudes. Aufgrund von Priorisierungen im Stadtrat wird jedoch geprüft, ob der Zivilschutz an einen alternativen Standort verlegt werden kann. Die Kommission wird diesbezüglich informiert werden.

LG Stadtpolizei: Im Jahr 2026 schliesst die Stadtpolizei Uster die elektronische Erfassung der Verkehrsschilder ab. Ausserdem werden die beiden ausstehenden und allfällige neue Petitionen zu Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen umgesetzt und angegangen. Die bestmögliche Gewährung der Veranstaltungssicherheit auf Ustermer Gebiet ist auch im Jahr 2026 ein Kernthema der Stadtpolizei.

LG Bevölkerungsschutz: Hauptaufgabe ist die Inbetriebnahme des neuen Brandhauses 2 im Ausbildungszentrum Riedikon, die für das Ende des zweiten Quartals 2026 geplant ist. Für den Zivilschutz sind dringend neue Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, da die momentanen Räumlichkeiten im Zeughausareal West zufolge des Unterbaurechts-Vertrages in absehbarer Zeit entfallen werden. Die LG Liegenschaften ist nun auf der Suche nach einem geeigneten Mietobjekt. Dies ist aber nicht ganz einfach, weil die neue Liegenschaft mehrere spezielle Eigenschaften wie z.B. Autozufahrt, Toiletten, getrennte Umziehräume, etc. aufweisen muss.

Bei der Investitionsplanung geht man im Jahr 2026 von 1'240'000 CHF aus. Folgende Investitionen sind geplant:

- Ausbildungszentrum Riedikon: Sanierung Brandhaus 2: 500 000 Franken
- Wettbewerb Neubau AZ Riedikon: 300 000 Franken
- PFAS-Sanierung AZ Riedikon (Beprobung etc.): 250 000 Franken
- Altersbedingter Ersatzbeschaffung semistationäre Anlage (100 000 Franken, als Teilbetrag von insgesamt 220 000 Franken; Beschaffung per erste Hälfte 2027)
- Ersatzbeschaffung städtische Parkuhren: 40 000 Franken
- Erweiterung Parkraumbewirtschaftung GP beim Stadtpark: 50 000 Franken

Weitere Informationen aus dem Geschäftsfeld Sicherheit:

In der Sitzung der Subkommission wurde die Frage aufgeworfen, ob der Stadtrat prinzipiell jeden beantragten Anlass in der Stadt genehmigt und ob ihm bewusst ist, dass diese Veranstaltungen mit Aufwand und Kosten für das Ressort Sicherheit verbunden sind. Der Stadtrat ist sich der Folgen für die Sicherheit bewusst. Dennoch möchte er gesellschaftlich wertvolle Veranstaltungen nicht verhindern. Um dem Stadtrat künftig eine bessere Entscheidungsgrundlage zu bieten, arbeitet das Ressort Sicherheit derzeit an einem Modell zur Kostenschätzung für Veranstaltungen. Dieses soll sowohl die finanziellen Ausgaben als auch den Personalaufwand transparenter machen.

Die wiederkehrende Frage nach dem Bestand der Feuerwehr wurde insofern beantwortet, dass die Stützpunkfeuerwehr in Uster bezüglich Personalbestands sehr gut dasteht. In den Jahren 2014-2020 hat die Anzahl der Angehörigen der Feuerwehr (AdF) soweit abgenommen (104), dass der GVZ diesbezüglich schon Anmerkungen gemacht hat, da der Minimalbestand gemäss Vereinbarung 100 AdF vorsieht. Bis ins Jahr 2024 hat sich der Personalbestand wieder erholt und umfasst heute 124 AdF. Beim Vergleich mit anderen Feuerwehrgemeinden steht die Stadt Uster mit 3.7 AdF pro 1000 Einwohner im unteren Mittelfeld. Der Durchschnitt bei den ermittelten Gemeinden steht bei 4.2 AdF pro 1000 Einwohner.

Die nötige rigorose Priorisierung des Stadtrats bei den Investitionen ist besonders beim GF Sicherheit (Bevölkerungsschutz/Zivilschutzbelange) zu spüren. Man sucht gemeinsam nach Lösungen; der Umsetzungsdruck ist der Stadtverwaltung bekannt.

Die KÖS empfiehlt die Budgetplanung des GF Sicherheit mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) anzunehmen.

## **GF Publikumsdienste**

Für die KÖS gibt **Silvan Dürst (SVP)** zu Protokoll:

Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Publikumsdienste beträgt für das Jahr 2026 CHF 1.694 Millionen nach Abschreibungen. Gegenüber dem Budget 2025 nimmt der Globalkredit um CHF 160'000 zu. Erfahrungsgemäss kann das GF Publikumsdienste unter Budget abschliessen. Die Sanierung des Dienstgebäudes im Friedhof führt zu merklich höheren Abschreibungen.

Durch die steigende Bevölkerungszahl in der Stadt bleibt der Aufwand trotz ökonomischen Verbesserungen unverändert hoch.

Sonstige spannende Neuerungen und Informationen zum GF Publikumsdienste nachfolgend:

- Der Geschäftsfeldleiter Publikumsdienste Theo Köhli leitet neu die Einwohnerdienste, die Leitung des Geschäftsfelds Publikumsdienste ist neu bei Enrico Quattrini.
- 2026 soll das teilrevidierte Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister MERG in Kraft treten. Die Teilrevision bezweckt die weitere Harmonisierung der Einwohnerregister.
- Mit der Fertigstellung der Friedhofgaragen können neu alle Gerätschaften und Fahrzeuge zentral abgestellt werden. Dies ermöglicht einen erleichterten Betrieb.
- Seit 2024 sind die Gesuche auf ordentliche Einbürgerungen stark gestiegen, dies führt auch in Zukunft zu einer verstärkten Belastung.

Die KÖS bedankt sich beim Geschäftsfeldleiter Publikumsdienste und seinem Team für die geleistete Arbeit und empfiehlt das Budget zu Annahme.

## **GF Recht und Vollstreckung**

Für die KÖS gibt **Marius Weder (SP)** zu Protokoll:

Der budgetierte Globalkredit im Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung auf Seite N/1 lautet auf minus CHF 13'000. Im Budget 2025 waren noch minus CHF 14'000, 2024 waren minus CHF 53'000 und im Budget 2023 minus CHF 64'000 eingeplant. Die Rechnungen 2023 und 2024 betragen je minus CHF 106'000 und die Rechnung 2022 minus CHF 144'000. Hierzu ist wie immer in diesem Geschäftsfeld zu erwähnen, dass das Minus im Aufwand effektiv ein Plus um den Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also plant, über das gesamte Geschäftsfeld CHF 13'000 einzunehmen.

In der Leistungsgruppe Stadtamman- und Betriebsamt werden die Gebühreneinnahmen CHF 17'000 tiefer budgetiert als letztes Jahr, während in der Leistungsgruppe Stadtrichteramt von CHF 15'000 höheren Einnahmen ausgegangen wird. Zeigte sich in früheren Jahren anlässlich der Behandlung der Jahresrechnung regelmässig, dass bei diesen beiden Leistungsgruppen von zu tiefen Gebühreneinnahmen ausgegangen worden war, dürfte die jetzige Budgetierung wie schon diejenige der letzten fünf Jahre der sich uns in eineinhalb Jahren voraussichtlich präsentierenden Realität vermutlich näherkommen. So ergab die Jahresrechnung 2018 einen Einnahmenüberschuss von CHF 37'000 für das gesamte Geschäftsfeld, die Jahresrechnung 2019 einen solchen von CHF 189'000, in der Jahresrechnung 2020 resultierte immerhin noch ein Einnahmenüberschuss von CHF 42'000, in der Jahresrechnung 2021 betrug der Einnahmenüberschuss CHF 99'000, 2022 CHF 144'000 und die beiden letzten Jahre je CHF 106'000. Der jetzt budgetierte Einnahmenüberschuss bewegt sich also doch deutlich tiefer als der Durchschnitt der letzten Jahre. Das Geschäftsfeld besteht seit mittlerweile zehn Jahren und anfangs fehlten sicher etwas die Erfahrungswerte.

Im Stellenplan stehen 12.4 Vollzeitstellen zu Buche gegenüber 12.2 im Vorjahr, 20% mehr in der Leistungsgruppe Stadt- amman- und Betreibungsamt. Gemäss Inspektionsbericht des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich vom 9. April 2025 wird der Stadt Uster dringend empfohlen, die Anzahl der Sollstellen um mindestens 200% zu erhöhen, um einen Arbeitsanfall gemäss Fallzahlen "IST-2024" angemessen bewältigen zu können (gemäss Merkblatt des Betreibungsinspektorates kann mit einer Stelleneinheit von 100% bis zu 1'000 Betreibungsverfahren fach- und termingerecht bearbeitet werden). Aufgrund der Leistungsmotion 607/2025 mit weitgehendem faktischem Stellenmoratorium ist eine entsprechende Anpassung z.Zt. aber nicht möglich.

In der Leistungsgruppe Stadtrichter werden leicht höhere Zahlen budgetiert als vor einem Jahr, ebenso in der Leistungsgruppe Stadtamman- und Betreibungsamt. Anzumerken ist, dass bei all diesen Leistungsgruppen die Fallzahlen nicht bzw. kaum beeinflussbar sind durch die Amtsträgerinnen und -träger.

Bezüglich der im NPM-Bericht auf Seite N/4 fehlenden Kennzahlen der LG Friedensrichter ist zu bemerken, dass diese – wie schon anlässlich der Besprechung der Jahresrechnung 2024 – vom Friedensrichter weder der Abteilung Sicherheit noch der Subkommission KÖS mitgeteilt wurden und daher vorliegend entfallen. Im Übrigen wurden die seitens der Kommission gestellten Fragen durch die Verantwortlichen der Abteilung Sicherheit zur Zufriedenheit der Kommissionsmitglieder beantwortet. Die KÖS empfiehlt den Globalkredit im Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung mit 8:0 Stimmen bei einer Abwesenheit zur Annahme.

## **GF Soziale Sicherheit**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) gibt **Lukas Adam (Grüne)** zu Protokoll:

Das Globalbudget 2026 für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit beträgt rund 11,45 Millionen Franken und liegt damit leicht unter dem Vorjahresbudget. Der Stellenbestand bleibt mit gut elf Vollzeitstellen unverändert.

Im Bereich Sozialversicherungen entfallen rund 9,2 Millionen Franken auf die Leistungsgruppe. Die schrittweise Erhöhung des AHV-Referenzalters für Frauen auf 64 Jahre und sechs Monate per Januar 2026 dürfte den Anstieg der Zusatzleistungsfälle zur AHV dämpfen. Bei den Zusatzleistungen zur IV wird hingegen ein weiterer Fallanstieg erwartet, insbesondere weil mehr junge Menschen mit psychischen Erkrankungen eine IV-Rente erhalten. Die 13. AHV-Rente, die erstmals 2026 ausbezahlt wird, hat keinen Einfluss auf die Ergänzungsleistungen.

Im Bereich Familienergänzende Betreuung stehen rund 2,3 Millionen Franken zur Verfügung. Seit Ende 2024 konnten über vierzig zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden, und neue Kitas in der Stadt haben weitere rund sieben Plätze eröffnet. Im Frühjahr 2026 kommt ein zusätzlicher Standort in Nänikon hinzu. Das Projekt zur Umgestaltung des FEB-Modells wird 2026 der Stimmbevölkerung vorgelegt.

## **Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**

Für die KSG gibt **Josua Graf (Grünliberale)** zu Protokoll:

GF Globalkredit: Das Globalbudget 2025 für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde beläuft sich auf 1'327'000 Franken. Es erhöht sich im Vergleich zur Rechnung 2024 um 70'000 Franken, und reduziert sich zum Budget 2024 um 27'000 Franken.

Die Neumeldungen an die KESB liegen aktuell bei durchschnittlich 29 pro Woche, leicht höher als im Vorjahr (26 pro Woche). Aufgrund demografischer Entwicklungen, gesellschaftlicher Unsicherheiten und steigender Erwartungen an staatliche Unterstützung wird in den nächsten Jahren mit stabil hohen oder leicht steigenden Fallzahlen gerechnet. Jede Meldung führt zu einem Prüfungsverfahren.

Im Kindes- und Erwachsenenschutz bleiben die Fallzahlen insgesamt auf hohem Niveau. Besonders stark zugenommen haben die Validierungen von Vorsorgeaufträgen, was auf mehr Demenz- und neurologische Erkrankungen sowie eine breitere Nutzung von Vorsorgeaufträgen hinweist.

Auch der Kinderschutz bleibt belastet, vor allem wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Vertretungsbeistandschaften für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) in den Aufnahmezentren Uster und Volketswil.

Damit die KESB ihren gesetzlichen Auftrag weiterhin erfüllen kann, müssen die Personalressourcen entsprechend gesichert und kontinuierlich beachtet werden. Die KESB verfügt über eine vergleichsweise geringe Personalfuktuation von 5% inkl. der natürlichen Weggänge durch Pensionierungen.

Kennzahlen und Trends:

- Kinderschutz-Massnahmen: Steigerung von 471 (ist 2024) auf 480 (2026).
- Erwachsenenschutz-Massnahmen: Zunahme von 742 (ist 2024) auf 750 (2026).
- Verfahrenszahlen: Stabil bei hohem Niveau.
- Fremdplatzierungen Kinder: Keine markanten Veränderungen.

GF Personal: Die Anzahl der Stellen bei der KESB wird auf 15.4 Stellen belassen.

GF Investitionsplanung: Es sind keine Investitionen vorgesehen.

Die KSG beantragt das Globalbudget 2026 für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) gutzuheissen.

---

## **GF Gesundheit und Umwelt**

Für die KSG gibt **Silvio Foiera-Jenzer (EDU)** zu Protokoll:

Das Budget des GF Gesundheit und Umwelt bleibt grob in dem der Vorjahre.

Im Vorfeld wurden keine Fragen eingereicht, an der Sitzung ad hoc gestellte Fragen konnten den Kommissionsmitgliedern nachvollziehbar erläutert werden.

Mit Fokus auf die weitere Planung der neuen Hauptsammelstelle, bzw. Zukunft der bisherigen Hauptsammelstelle wurde ein weitreichender Fragenkatalog eingereicht und beantwortet, der dem Postulat 634/2025 entnommen werden kann.

Auf eine Eingabe weiterer Fragen anlässlich der SuKo Sitzung wurde somit verzichtet.

LG Gesundheit und Umwelt: Bzgl. des Projektes „Psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen“ wird eine Auswertung der ZHAW in diesen Tagen erwartet.

Eine Kommissionsinfo bezüglich der Ergebnisse und daraus abgeleiteten Massnahmen ist für 2026 vorgesehen.

LG Abfallbewirtschaftung: Anlässlich der Volksabstimmung mit ablehnendem Ausgang zu Gunsten der geplanten neuen Hauptsammelstelle Loren, werden weitere Planungs- und Realisationskredite sistiert und alternative Lösungsansätze für die Hauptsammelstelle entworfen.

LG Fachstelle Nachhaltigkeit: Zur weiteren Umsetzung des aktualisierten «Massnahmenplans Klima» werden Controlling, Daten und Tools vereinheitlicht bzw. mit bestehenden Tools von «Energistadt» und Weiteren abgeglichen.

LG Fachstelle Alter: Zur Förderung der Digitalen Kompetenz im Alter, findet in der aktuellen Phase ein Ideen sammeln, und Umsehen mit anderen Gemeinden, SBB, Jugendjobs und weiteren Akteuren statt.

Stand jetzt existiert ein PDF-Dokument, welches kundenfreundlicher gestaltet werden soll, Bsp. mit einem Angebotsfinder im Web.

Personal: Der Personalbestand reduziert sich gegenüber BU2025 um 0.5FTE auf 9.2 Stellen.

Reell eine Erhöhung um 0.2 FTE gegenüber 2024.

Investitionsplanung: Für die Investitionsplanung sind CHF 0 im Budget eingestellt.

Globalkredit: Inklusiven Beiträgen an Heime und Spitex beträgt der Globalkredit 19.354MCHF. Somit rund 1MCHF über Vorjahres Budget/Rechnung. Dies kann mehrheitlich auf die höheren Heimbeträge zurückgeführt werden.

Unter Berücksichtigung der üblichen 12kCHF Abschreibungen budgetiert das Geschäftsfeld einen Gesamtaufwand von 19.366MCHF.

Fazit: Die Subkommission beantragt der Kommission grundsätzlich das Budget des Geschäftsfeldes Gesundheit dem Gemeinderat zur Abnahme zu empfehlen.

## **GF Heime Uster**

Für die KSG gibt **Gianluca Di Modica (FDP)** zu Protokoll:

Die Heime Uster setzen im Jahr 2026 den laufenden Strategieprozess fort. Folglich wird im Jahr 2026 die Machbarkeitsstudie zur Angebots- und Immobilienstrategie entwickelt. Dazu sind in der Investitionsplanung (IP Pos. 430) für 2026 CHF 200'000 eingeplant. Bei dieser Erarbeitung wird auch auf die vom Stadtrat in Auftrag gegebene Prüfung der Auslagerung der Heime (siehe MM SR v. 21.8.25) berücksichtigt. Diese Auslagerungsüberlegungen sowie die Entwicklung der Angebots- und Immobilienstrategie greifen eng ineinander und die Wechselwirkung muss in die Überlegungen einfließen. Die Heimleitung unterstreicht, dass in diesem Zusammenspiel tragfähige und zukunftsfähige Lösungen entwickelt werden können.

Gegen Ende des Geschäftsjahres 2024 stellte die Heimleitung eine erhöhte krankheitsbedingte Absenzenquote fest und ergriff fürs 2025/6 entsprechende Massnahmen. Die auffällige Zunahme psychischer Erkrankungen von Lernenden ist besorgniserregend, das Phänomen tritt jedoch in der Breite auf und nicht nur in den Heimen Uster.

Die im Bericht erwähnte Verzögerung der Aufnahme der Heime Uster auf die kantonale Liste der Pflegeheimbettenplanung ist administrativer Natur (seitens GD). Der Stadtrat sieht darin keine grundsätzlichen Risiken der Heime.

Die IT-Umstellung im Gesundheitswesen von BESA auf neu interRAI LTCF wird organisatorisch eine Herausforderung (System leads Processes = grundlegende Wechsel im gesamten Pflegeprozess), es wird jedoch erwartet, dass die positiven Effekte nach der Umstellung überwiegen.

Der operative Betrieb läuft bei konstant hoher Bettenbelegung stabil und gut. Das durch die neue Heimleitung entwickelte und zwischenzeitlich implementierte Führungsinstrument «Führen mit Zahlen» kommt gut an und entfaltet seine Wirkung. Von Interesse sind jedoch nicht «nur» die Zahlen, sondern auch die Stimmung (Personal und Bewohnende) ist wichtig. Diverse Massnahmen (Aktivierung etc.) wurden implementiert und kommen bei den Bewohnenden gut an. Eine systematische Erhebung der Zufriedenheit (auch bei den Angehörigen) ist für 2026 geplant, es werden gute Werte erwartet.

In der Investitionsplanung wurden die Kosten für das Betriebsprovisorium während der Bauphase (IP Pos. 432) gestrichen. Dies mit der Begründung, dass eine Planung angestrebt wird, welche ohne ein Provisorium auskommt. Die Streichung aus der IP ist somit nicht abschliessend, widerspiegelt jedoch die aktuellen Bestrebungen. Die weiteren CHF 400'000 an Investitionen bewegen sich im üblichen Rahmen und sind für den Unterhalt der Infrastruktur vorgesehen. Aktuell verfolgt die Heimleitung eine kostenschonende defensive Instandhaltungsstrategie, vor der Umsetzung der Immobilienstrategie.

Die Heime planen mit einem Globalkredit inkl. Abschreibungen von CHF 590'000 und somit auf vergleichbarem Niveau wie 2025 (aktuell wird in der Rechnung eine Punktlandung erwartet).

Aus der untenstehenden Tabelle geht die Entwicklung des Globalkredits über die letzten Jahre hervor. Deutlich zu sehen ist die Korrelation zwischen den Beiträgen an die Heime aus dem GF Gesundheit und Umwelt und dem Globalkredit der Heime Uster im Jahr 2024. Die öffentliche Hand wird durch Anpassungen Restkostenbeiträge an die Heime (nicht nur Heime der Stadt Uster, sondern alle ca. 40 Heime welche Ustermerinnen und Ustermer beherbergen) um CHF 1,103 Mio entlastet. Entsprechend dieser Entlastung entrichten alle Gemeinden weniger Beiträge an die Heime – so auch an die Heime der Stadt Uster –, was sofort im Ergebnis der stadteigenen Heime mit einer Ergebnisverschlechterung von CHF 0,779 Mio ablesbar ist.

Beiträge Heime und Globalkredit Heime						
in TCHF						
Jahr	Beiträge Heime des GF Gesundheit & Umwelt (an alle Heime)	Veränderung		Globalkredit Heime (inkl. Abschr.)	Veränderung	
2018	8'756			-1'318		
2019	8'664	-92	-1%	-931	387	-29%
2020	7'850	-814	-9%	1'049	1'980	-213%
2021	7'821	-29	0%	2'735	1'686	161%
2022	9'865	2'044	26%	-131	-2'866	-105%
2023	11'563	1'698	17%	-406	-275	210%
2024	10'460	-1'103	-10%	373	779	-192%
2025	11'214	754	7%	585	212	57%
2026	10'773	-441	-4%	590	5	1%

**Anmerkung**  
2018 - 2024 Zahlen aus NPM-Jahresberichten  
2025 und 2026 Zahlen aus Leistungsaufträgen/Globalbudgets

Abteilung Gesundheit / Stadt Uster, 27.11.25  
Ergänzt Spalten "Veränderung" / gdi, 3.12.25

Die Subkommission GF Heime bedankt sich an dieser Stelle bei Stadträtin Karin Fehr, Abteilungsleiter Gesundheit Hugo Bossi und dem Gesamtleiter Heime Patrick Döbelin für die ausführlich und strukturierte Beantwortung unserer Fragen sowie die konstruktiven Besprechungen vom 24. November und 1. Dezember 2025.  
In diesem Sinne empfiehlt die KSG einstimmig (9:0) dem Gemeinderat das Budget 2026 des Geschäftsfeldes Heime gutzuheissen.

## GF Spitex Uster

Für die KSG gibt **Markus Zoller (SVP)** zu Protokoll:

Die Spitex Uster ist aktiv, ihre Dienstleistungen auf die sich wandelnden Bedürfnissen auszurichten. Die bereits initiierte Kooperation für eine „24h-Spitex“ (also auch in der Nacht), wird in 2026 in Kooperation mit einer Partner-Organisation als Pilotbetrieb gestartet.

Man hat zudem intern ein neues, spezialisiertes Team „Betreuung und Demenz“ aus bestehenden Mitarbeitenden aufgebaut und wird mit diesem Team ab 1. Jan. 2026 aktiv. Es ist eine stelleneutrale Umsetzung.

Zudem wird eine Klientenbefragung bei allen Spitex-Klienten der Spitex Uster via ein externes, spezialisiertes Institut in Auftrag gegeben. Dies ermöglicht eine neutrale Rückmeldung zur Dienstleistungs-Qualität und dem Angebot und soll Optimierungspotential identifizieren. Die Resultate können dank der externen Auswertung einem Benchmark gegenübergestellt werden. Die Massnahme kann kostengünstig umgesetzt werden und dürfte sich lohnen.

Die aktuelle erfolgte Prüfung der IT-Infrastruktur für das digitale Management hat nun zur Wahl eines neuen IT-Dienstleistungsbetriebs geführt, gemeinsam mit den Heimen. Im Jahr 2026 soll die Migration der Daten erfolgen. Die digitale Archivierung soll über das städtische Geschäfts-Verwaltungssystem CMI erfolgen können. Die einmaligen Projektkosten für die nötige Umstellung wurde mit CHF 80'000 veranschlagt.

LG Pflege: Die Spitex Uster hat das Ziel, die kantonalen Vorgaben zu Ausbildungs-Verpflichtung (ABV) zu erfüllen. Es sind drei Ausbildungs-Lehrgänge: Pflegefachperson HF, Fachangestellte Gesundheit und Assistentinnen sowie Assistenten Gesundheit und Soziales, die hier angeboten werden können. Es bietet auch die Chance, eigenen Nachwuchs so zu erhalten. Aktuell können die Vorgaben erfüllt werden, womit man von ausgleichender Entschädigung befreit ist. Das externe Rekrutieren von Studierenden ist herausfordernd, warum man im Besonderen bestehende Mitarbeitende weiterentwickeln und fördern will.

Im Bereich von ambulanter Kinder- und Jugendpsychiatrie wird das Leistungsangebot ausgebaut und auf ein jüngeres Klientel ausgeweitet, entsprechend den beobachtbaren Entwicklungen. Jugendliche mit Problemen können so teilweise ambulant statt stationär betreut werden. Die Verlagerungen sollen nicht dazu führen, dass die klassischen Pflegeangebote weniger zur Verfügung stünden. Die Nachfrage nach Pflegeleistungen ist aktuell etwas rückläufig, womit auch bereits das Stellenbudget von 57.6 Stellen auf 51.8 Stellen reduziert wurde. Auch in der Führung/Leitung der Spitex wurde es von 3.8 auf 3.4 Stellen reduziert.

LG Hauswirtschaft: Da die Tarife hier seit 2016 gleich geblieben sind, wurden diese nun auf den 1.1.2026 hin einer Anpassung unterzogen, womit sich diese erhöhen. Es wurde mit einer leichten Stellenerhöhung geplant, wie es sich in den Vorjahren entwickelte.

Unter dem Begriff „Smart Living“ werden elektronische und digital gesteuerte Geräte verstanden, welche den Alltag im Haushalt erleichtern können. Hier werden sinnvolle Produkte evaluiert und dann im Spitex-Shop ergänzend angeboten.

Globalbudget: Gegenüber dem IST Wert der Ausgaben 2024 von CHF 1.43 Mio. steigen die budgetierten Ausgaben auf CHF 1.64 Mio. (+ CHF 210'000.-). Bedingt ist es u.a. durch die steigenden IT-Kosten von ca. CHF 115'000 (davon einmalige Projektkosten der Umstellung von CHF 80'000.-) und durch die vertragliche Steigerung der Mietkosten sowie einer höheren Ver-

rechnung der Stadt für Ihre HR-Dienste. Es wird gegenüber dem IST2024 auch ein um CHF 287'000 höherer Umsatz budgetiert, dies bei weniger Stellen. Dies könnte als ambitioniert gesehen werden, hat aber eventuell auch mit den vermittelten Leistungen zu tun („24h-Spitex durch Externe“). Die Spitex budgetiert für 2026 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 303'000.-. Dieser Aufwandüberschuss liegt höher als im Budget 2025, aber tiefer als IST2024. Aufgrund der verschiedenen Umstände und Massnahmen ist ein neutrales Budget aktuell nicht möglich. Dies wäre in längerer Sicht wieder als erstrebenswert zu sehen.

## **GF Sport**

Für die KBG gibt **Marc Thalmann (FDP)** zu Protokoll:

In der Subkommission wurde das Geschäftsfeld Sport am 24. November 2025 besprochen. Anwesend waren dabei Stadträtin Karin Fehr, Hugo Bossi, Leiter Abteilung Gesundheit, Beat Berger, Leiter GF Sport sowie Dieter Hohmann und Marc Thalmann als Vertreter des Gemeinderats.

Die KBG hat das Geschäft an der Sitzung vom 1. Dezember 2025, die RPK am 8. Dezember 2025 behandelt. Anwesend bei der KBG-Sitzung waren seitens der Verwaltung Stadträtin Karin Fehr und Hugo Bossi.

Allgemein: Der Sport in Uster ist mit CHF 138 (Vorjahr CHF 139) Kosten je Einwohner im langjährigen Mittel budgetiert und es wird mit einem verbesserten Kostendeckungsgrad von 56.3% (Vorjahr 40%) als 2025 gerechnet. Ohne Abschreibungen bleibt sich der Globalkredit des Geschäftsfeldes Sport gegenüber dem Budget 2025 mit einer Senkung um TCHF 8 von TCHF 2'840 auf TCHF 2'832 marginal unter dem Vorjahr. Die Abschreibungen steigen hingegen um TCHF 39 von TCHF 2'222 (2025) auf TCHF 2'261. Somit steigen die Aufwendungen im GF Sport leicht von TCHF 5'062 auf TCHF 5'093 resp. 0.6%. Die Sportstadt Uster plant damit einen gegenüber dem vergangenen Jahr leicht tieferen Anteil von 3% des Globalkredits (Vorjahr 3.1%) für den Sport auszugeben. Der Stellenplan verbleibt bei 27.5 VZE.

Die Entwicklung der Gesamtplanung der Sportanlage Buchholz ist vom Ausgang des Richtplanungsprozesses abhängig. Je nachdem muss überprüft werden, ob und wie die Planung zu optimieren ist.

LG Sportanlagen: Die letztjährigen Abklärungen zur Haustechnik der Sporthalle haben ergeben, dass die Erneuerung auf das Jahr 2027 hinausgeschoben werden kann. Entsprechend wird die Planung 2026 angegangen und gleichzeitig mit einer Bedarfserhebung die Nutzung der Halle durch die Vereine optimiert.

Die Situation um die Sanierung des Dorfbades akzentuiert sich. Um einer möglichen Schliessung des Bades zuvorzukommen, sind die Sanierungsmassnahmen nun dringend anzugehen. Aufgrund des denkmalpflegerischen Schutzstatus des Bades ist mit einer aufwändigeren Planung und Ausführung zu rechnen.

Die gemeinsame Planung von einem Dojo des Judoclub und dem Forsthof wurde aufgrund der zu hohen erwarteten Kosten verworfen. Nun wird ein Projekt östlich der Sporthalle Buchholz weiterentwickelt, welches eine Halle für den Judoclub umfasst und durch den Club getragen werden wird. Die Stadt wird die Realisierung voraussichtlich, im gleichen Rahmen wie bei anderen privat getragenen Projekten auf den Sportanlagen, mit einer Abgabe im Baurecht zu minimalen Zinsen unterstützen.

LG Sportförderung: Der aufgewertete Trendsportplatz soll im kommenden Jahr mit zusätzlichen Bewegungsangeboten bespielt und bekannt gemacht werden.

Die Angebote zum freiwilligen Schulsport sollen um zehn Kurse ausgebaut werden und 1'400 Teilnehmende anziehen und zur Bewegung animieren.

Das letztjährige Pilotprojekt "Active City" war ein Erfolg. Während sieben Wochen fanden im Stadtpark/Püntareal rund 60, durch Vereine und lokale Anbieter organisierte, kostenlose Lektionen statt. Aufgrund der hohen Nachfrage werden 2026 zusätzliche Angebote und Standorte geprüft.

Die KBG dankt der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen und empfehlen den Globalkredit 2026 inkl. Abschreibungen über TCHF 5'093 zur Annahme.

## **Geschäftsbericht Sozialbehörde**

### **GF Soziale Dienste**

Für die KSG gibt **Tanja Göldi (SP)** zu Protokoll:

Im Budget 2026 ist für das Geschäftsfeld Soziale Dienste ein Globalkredit von 16,658 Millionen Franken eingestellt. Höhere Kosten entstehen insbesondere durch das Kinder- und Jugendheimgesetz sowie die Alimentenbevorschussung. Seit 2022 hat sich die angepasste Organisation der Sozialen Dienste in Uster bewährt. Der Fokus auf nachhaltige Integration durch gezielte Beratung und Betreuung zeigt weiterhin Wirkung. Herausforderungen wie der Asylbereich werden dank erfahrener Mitarbeitender und guter Zusammenarbeit gemeistert, wobei die weitere Entwicklung vom Ukrainekonflikt und möglichen Änderungen beim Schutzstatus S beeinflusst werden könnte.

LG Sozialberatung: Für die Sozialberatung ist keine generelle Kostenerhöhung vorgesehen; das Budget wird an die tatsächlichen Kosten von 2024 angepasst. Die Arbeitslosenquote liegt weiterhin unter dem kantonalen Durchschnitt, die Zahl der Neuanmeldungen in der Sozialhilfe steigt jedoch leicht. Gründe sind unter anderem psychische Erkrankungen, soziale Krisen sowie Adoleszenzprobleme. Der Bedarf an Betreuung und spezialisierten Wohnlösungen nimmt zu.

Bei Wohnungsverlusten werden in Zusammenarbeit mit der Asyl- und Flüchtlingskoordination Lösungen in Notwohnungen gefunden, auch für Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe. Zusätzlich unterstützt der «Verein Du Für Alle» Klientinnen bei der Wohnungssuche. Personalressourcen werden angepasst, um bestehende Aufgaben effizient abzudecken.

LG Asyl- und Flüchtlingskoordination. Das Budget für diese Leistungsgruppe wird aufgrund rückläufiger Asylzahlen reduziert. Die Zahl der Schutzsuchenden aus der Ukraine bleibt stabil, die effektive Belegung liegt aktuell zwischen 1,2% und 1,4%. Integrationsmassnahmen (sprachlich, sozial, beruflich) werden fortgeführt, jedoch decken kantonale Pauschalen die Kosten für Unterbringung und Fallführung nicht vollständig.

Mit der erhöhten kantonalen Zuweisungsquote von 1,6% rechnet Uster für 2026 mit 572 Personen, darunter 60 unbegleitete Jugendliche. Aufgrund der Wohnungsnot verlängert sich der Verbleib in Notunterkünften. Es wird zudem eine Zunahme von

---

Flüchtlingen erwartet, da Anerkennungen zunehmen. Sozialhilfekosten werden vom Kanton übernommen, Betreuungskosten jedoch nicht.

LG Berufliche und Soziale Integrationsangebote: Die Anzahl Teilnehmender in der beruflichen Integration bleibt stabil, die Fälle werden jedoch komplexer. Durch Angebotsanpassungen und den Umzug des Angebots Handwerk in neue Liegenschaften wird eine gute Auslastung erwartet. Entsprechend der aktuellen Entwicklungen werden die Angebote im Rahmen der sozialen Integration ausgebaut, wodurch etwas weniger Fremdaufträge (berufliche Integration) angenommen werden können, um mit den bestehenden Ressourcen auszukommen. Im gastronomischen Bereich wird kein Wachstum angestrebt, sondern weiterhin auf arbeitsagogische und kulinarische Qualität geachtet. Das Arbeitsintegrationscoaching verzeichnet längere Verweildauern bei Personen mit Mehrfachproblematiken, Einsätze an Einzeleinsatzplätzen nehmen zu. Die Bewerbungswerkstatt wird weiterhin angeboten, abhängig von der politischen Entwicklung in der Ukraine.

LG Berufsbeistandschaft: Die Fallzahlen steigen leicht, da komplexere Mandate länger betreut werden müssen. Neue Regelungen wie das Selbstbestimmungsgesetz und die Vermögensverwaltungsverordnung erhöhen den Aufwand. Die Übergabe von Mandaten älterer Personen an private Beistände durch die Pro Senectute entlastet weiterhin die städtische Berufsbeistandschaft.

Dem Budget wird von der KSG am 1. Dezember 2025 einstimmig zugestimmt mit 8:0 Stimmen.

## **Geschäftsbericht Primarschule**

### **GF Primarschule**

Für die KBG gibt **Walter Meier (EVP)** zu Protokoll:

Budget 2026: Die Primarschule plant für 2026 mit einem Budget von 54'860 inkl. Abschreibungen. Ohne Abschreibungen wären es 53.983 Mio., also CHF 120'000 mehr als für 2025. Die grössten Veränderungen im Detail:

- Das Budget der Leitung Primarschule (Präsidium und Behörde) sinkt um CHF 37000.; die höheren internen Verrechnungen für die IT können mit tieferen Betriebskosten (z.B. Einsparungen bei den Drucksachen) mehr als wettgemacht werden.
- Die LG Regelunterricht macht den grössten Posten innerhalb des Primarschulbudgets aus (fast 60 %). Obwohl rund 2 Stellen aufgrund sinkender SuS-Zahlen gestrichen werden, steigt der Aufwand um CHF 70'000. Die kantonalen Vorgaben bei den Löhnen (Teuerungszulagen, DAG usw.) hätten höhere Personalausgaben von rund CHF 170'000 zur Folge. Dem gegenüber stehen tiefere kommunale Lohnkosten. Zudem werden auch in diesem Bereich die Betriebskosten um mehr als CHF 330'000 gesenkt werden. Dieser Posten vermag die höheren internen Verrechnungen (CHF 300'000) mehr als zu kompensieren.
- Bei der LG Tagesstrukturen (die Zusatzangebote, d.h. die Wintersportlager sind neu bei der Volksschule übrige) geht die Primarschule davon aus, dass der Bedarf leicht steigt. Bei den Annahmen fürs Budget 2025 ging man davon aus, dass die Anzahl der Vollzahler, abnimmt. Dies ist aber nicht eingetroffen und so wird für 2026 wieder ein ähnlicher Betrag wie für 2024 eingesetzt. Das hat Einsparungen von rund CHF 400'000 zur Folge.
- Bei der LG Sonderpädagogik ist keine Trendwende in Sicht. Das Budget steigt CHF 400'000. Die Anzahl der SuS mit externer Sonderschulung steigt um 5 Kinder. Zudem geht man davon aus, dass die Settings der internen Sonderschulung im Durchschnitt aufwändiger und dadurch teurer sind.
- Bei der LG HPSU verbleibt am Schluss eine Null, die Kosten für die Ustermer SuS in der HPSU sind in der LG Sonderpädagogik enthalten.
- Ähnlich ist es bei der LG Musikschule. Das Globalbudget muss ungefähr auf Null aufgehen; die Kosten für die Ustermer SuS in der Musikschule sind separat aufgeführt und nehmen gegenüber dem Budget 2025 um CHF 83'000 ab.
- Die Informatikkosten sinken leicht um CHF 44'000.
- Die Kosten für die Schulgesundheits steigen leicht um CHF 68'000. Haupttreiber der Steigerung ist die gesetzliche Vorgabe, dass die Stadt für die IPV-Empfänger die Zahnarztrechnungen subventionieren muss.
- Die Kosten für die Schulsozialarbeiten – diese wird ja vom Kanton eingekauft – steigen um CHF 83'000; hier will der Kanton höhere Tarife. Grund ist die aufgelaufene Teuerung der letzten Jahre.
- Bei den Kosten für die Volksschule übrige sind die Software-Lizenzen, Präventionsmassnahmen, das Projekt QMS, die Bibliothek Nänikon und neu die freiwilligen Wintersportlager enthalten. Die Kosten steigen von CHF 317'000 auf CHF 480'000. Rund die Hälfte der Erhöhung betrifft die Verlagerung der Wintersportlager

Weitere Punkte:

- Ich gehe davon aus, dass die Reduktion der Betriebskosten bei der Leitung Primarschule und beim Regelunterricht vorgenommen wurden, um Kostensteigerung bei der Primarschule auf 0.4 % zu senken, was in der Nähe der erwarteten Teuerung liegt.
  - Erstmals seit Jahrzehnten rechnet die Primarschule mit weniger SuS und damit mit zwei Klassen weniger.
  - Bei den Tagesstrukturen wird die Morgenbetreuung nicht so stark nachgefragt wie erhofft, dafür sind die Zahlen bei der Mittags- und Nachmittagsbetreuung steigend, wenn auch nicht so stark wie in den letzten Jahren. Die Zunahme findet vor allem bei den Kindergartenkindern statt.
  - Die Musikschule hat mit der Integration in die Primarschule den Namen gewechselt. Sie heisst neu „Musikschule Uster“ statt wie früher „Musikschule Uster Greifensee“. Dabei wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Uster ein neuer visueller Auftritt inkl. Logo entwickelt. Die Kosten beliefen sich auf knapp CHF 16'000.
  - Die Primarschule geht davon aus, dass die FaBe im Kindergarten einen positiven Einfluss auf die Sprachentwicklung und die allgemeine Entwicklung der Kinder haben. Die Primarschulpflege geht davon aus, dass durch die höhere Präsenz der FaBe in der Klasse die Reduktion der DaZ-Lektionen ausgeglichen und für alle Kinder mehr Förderung erreicht werden kann. Da die flächendeckende Einführung der FaBe im Kindergarten logischerweise etwas kostet, das Budget der Primarschule gemäss Vorgaben Stadtrat nicht wachsen darf, musste eine Finanzierungsquelle gefunden werden. Erfahrungsgemäss ist der Handlungsspielraum der Primarschule klein, das mindestens 90 % der Kosten quasi „gebunden“ sind. Die Primarschule will nun die DaZ-Lektionen im Aufbauunterricht von 0.65 Wochenlektionen auf 0.5 Wochenlektionen senken. Im Jahr 2026 ist eine erste Reduktion auf 0.63 Wochenlektionen geplant, was noch vertretbar ist.
-

Allerdings hat das Parlament vor ein paar Jahren beschlossen, die DaZ-Lektionen auf 0.65 Wochenektionen zu erhöhen. Die Absicht der Primarschule würde an sich einen Parlamentsbeschluss benötigen.

Die Investitionsplanung sieht für das Jahr 2026 CHF 825'000 vor. Hier geht es vor allem um die ICT. Die Investitionen für die Schulliegenschaften wurden ins neu geschaffene GF Schulliegenschaften verschoben.

Es wurden folgende Anträge gestellt:

- Das Vorhaben der Primarschule, die FaBe im Kindergarten mit der Senkung der DaZ-Lektionen im Aufbau-Unterricht zu finanzieren, fällt nicht durchwegs auf fruchtbaren Boden. Die Senkung im Budget 2026 von 0.65 auf 0.63 Wochenektionen ist vorerst auch minim. Aufgrund der Begründung der Primarschulpräsidentin wird kein Antrag gestellt.
- Die FDP stellt den Antrag, das Globalbudget des GF Primarschule um CHF 860'000 auf CHF 54 Mio. zu kürzen. Der Rückgang der SuS um 2.37 % müsste im Budget Niederschlag finden. Dieser Antrag wird mit 3:6 Stimmen abgelehnt.
- Die SVP stellt den Antrag, die Investition Nr. 382 (CHF 50'000) zu streichen. Bei dieser Investition geht es um den Kauf von Instrumenten ab CHF 50'000 für die Musikschule. Die SVP ist der Meinung, dass es für die Musikschule keinen Blankoscheck braucht. Die Musikschule soll einen entsprechenden Antrag stellen, wenn sie teure Musikinstrumente kaufen will.
- Die SVP stellt den Antrag, die Investition Nr. 391 (ICT: Elektronische Visualisierung, Pilotrüstung mit IWB) zu streichen. Es geht um CHF 100'000. Ein solcher Pilot ist in Zeiten von knappen Finanzmitteln unnötig. Der Antrag wird mit 3:6 Stimmen abgelehnt.
- Die SVP stellt den Antrag, die Investition Nr. 393 (ICT: Integration Musikschule) von CHF 75'000 auf CHF 30'000 zu kürzen (Kürzung = CHF 45'000). Dieser Antrag wird mit 2:7 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung: Die KBG empfiehlt mit 6:3 Stimmen, das Budget 2026 zu genehmigen.

---

Versand: 8. Dezember 2025/red